

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Migrationsausschuss
An den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss (zur
Kenntnis)
An den Jugendhilfeausschuss (zur Kenntnis)
An den Kulturausschuss (zur Kenntnis)
An den Gleichstellungsausschuss (zur Kenntnis)
An den Schulausschuss (zur Kenntnis)
An den Sozialausschuss (zur Kenntnis)
An den Sportausschuss (zur Kenntnis)
An den Organisations- und Personalausschuss (zur
Kenntnis)
An die Stadtbezirksräte 01 - 13 (zur Kenntnis)
An die Ratsversammlung (zur Kenntnis)

Nr. 0346/2011

Anzahl der Anlagen 1

Zu TOP

Integrationsmonitoringbericht 2009

Am 12.6.2008 verabschiedete der Rat den Lokalen Integrationsplan für die Landeshauptstadt Hannover und beauftragte unter Punkt 5.5 die Verwaltung, mit dem Aufbau eines Integrationsmonitorings zu beginnen. Mit der Drucksache 1702/2009 legte die Verwaltung entsprechend einen ersten Integrationsmonitoringbericht für das Jahr 2008 vor und kündigte an, das Integrationsmonitoring zukünftig jährlich fortzuschreiben. Mit dem beigefügten Dokument wird nun der 2. Integrationsmonitoringbericht für das Jahr 2009 vorgelegt.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Mit der Durchführung des Integrationsmonitorings ist keine gruppenbezogene Bevorzugung oder Benachteiligung verbunden. Der Integrationsmonitoringbericht 2009 enthält als Sonderauswertung auch spezifische Angaben zu Genderaspekten einzelner Indikatoren.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

15.2
Hannover / 23.02.2011

1. Das hannoversche Integrationsmonitoring

Der vorliegende zweite Bericht zum Integrationsmonitoring für die Landeshauptstadt Hannover führt den Aufbau des im „Lokalen Integrationsplan“ der Landeshauptstadt Hannover beschlossenen regelmäßigen integrationspolitischen Berichtswesens fort. Das langfristige Ziel des Integrationsmonitorings ist es, Stand und Fortschritte des Integrationsprozesses in der Stadt regelmäßig an möglichst harten Fakten aufzuzeigen und Entwicklungstrends zu erkennen.

Wie schon im Integrationsmonitoringbericht 2008 angekündigt, wird der Set an Kennzahlen (Indikatoren) nach und nach ausgebaut. So konnten diesmal drei neue Indikatoren berücksichtigt werden (siehe Tabellenteil I.4.2, II.2.1 und II.3.1).

Grundsätzlich ist allerdings bei der Interpretation aller Kennzahlen zu bedenken, dass sich in ihnen weiter mehr als nur die Effekte der hannoverschen Integrationsarbeit widerspiegeln, denn hier schlagen sich neben lokalen vor allem auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen nieder, die sich einer Steuerung auf kommunaler Ebene entziehen.

Für die Strukturierung der Kennzahlen wurde eine Gliederung des Integrationsprozesses in folgende vier Ebenen zu Grunde gelegt:

- strukturelle Integration (Eingliederung in die Kerninstitutionen: Arbeitsmarkt, Bildungssystem, politisches System etc.)
- kulturelle Integration (Spracherwerb und Angleichung der Wertevorstellungen)

- soziale Integration (Teilhabe am Privatleben der Aufnahmegesellschaft)
- identifikatorische Integration (Entwicklung eines Zugehörigkeitsgefühls für die Aufnahmegesellschaft).

Es versteht sich von selbst, dass in der Lebenswirklichkeit solche trennscharfen Unterscheidungen nur schwer auszumachen sind, weil all diese Ebenen aus der Sicht des Individuums unauflöslich in einander greifen. Die Gliederung dient hier vor allem der besseren Verständlichkeit.

Als Basisvergleichsjahr wurde – wo immer nach Datenverfügbarkeit möglich – das Jahr 2001 gewählt. Diesem werden die Jahre 2007, 2008 und 2009 als Verlauf gegenübergestellt.

2. Ergebnisse

Vorbemerkung

Während im Lokalen Integrationsplan durchgängig von „Menschen mit Migrationshintergrund“ und „ohne Migrationshintergrund“ gesprochen wird, bieten die meisten vorhandenen statistischen Daten leider nur Aussagen über Ausländer/innen und Deutsche. Dieser Mangel ist auch mittelfristig nicht behebbar.

Anders verhält es sich nur mit den Daten des stadt eigenen Einwohnermeldesystems, die man behelfsweise nach erster und zweiter Staatsangehörigkeit sowie zukünftig nach dem Geburtsort auswerten kann, sobald die aufwändigen Arbeiten an dem Statistikpro-

gramm MigraPro für Hannover abgeschlossen sind. In der Sozialstatistik kann man sich zusätzlich mit der Erhebung der Familiensprache helfen. Auf diese Weise kommt man für einige Indikatoren tatsächlich zu Angaben über den Migrationshintergrund. Doch die statistischen Daten anderer Quellen, insbesondere der Schulbehörden oder der Agentur für Arbeit, lassen prinzipiell nur die Unterscheidung zwischen deutschen und ausländischen Personen zu. Das macht die Interpretation schwierig und mindert auch die Aussagekraft der hieraus abgeleiteten Kennzahlen.

Langfristig ist deshalb darauf hinzuwirken, dass alle Daten die Unterscheidung nach „mit Migrationshintergrund“ und „ohne Migrationshintergrund“ enthalten. Ein entsprechender Beschluss der Kultusministerkonferenz zur Schulstatistik existiert seit 2005, für die niedersächsische Schulstatistik wurde er allerdings auch im Berichtsjahr 2009 noch nicht umgesetzt.

2.1 Strukturelle Integration

Rechtliche Integration

Der Anteil der in Hannover lebenden Ausländerinnen und Ausländer, die über den maximal verfestigten Aufenthaltsstatus verfügen, ist von 2001 bis 2009 um mehr als elf Prozentpunkte gestiegen. Über 71 Prozent verfügen demnach über die Niederlassungserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz (bzw. einen vergleichbaren Titel nach älterem Recht) oder sind EU-Bürger/innen, die im Rahmen des EU-Rechts Freizügigkeit genießen. Diese grundsätzlich positive Entwicklung ist allerdings zu einem erheblichen Teil den EU-Erweiterungen von 2004 und 2007 zu verdanken, die die Rechtsstellung aller Staatsangehörigen aus Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Slowenien, Malta, Zypern, Rumänien und Bulgarien in Deutschland von Ausländern zu EU-Bürger/innen veränderten. Davon waren über 8.000 Menschen, also circa elf Prozent aller Ausländer/innen in Hannover, betroffen. Der langsame, aber stetige Anstieg um weitere 1,1 Prozentpunkte

auch nach 2007 zeigt jedoch, dass auch die internen Faktoren die Entwicklung grundsätzlich in die richtige Richtung steuern.

Eine wichtige Voraussetzung für eine Einbürgerung ist im Regelfall eine ununterbrochene legale Aufenthaltsdauer von wenigstens acht Jahren in Deutschland. Dieses Erfordernis erfüllten 2009 deutlich mehr Ausländer/innen in Hannover als im Referenzjahr 2005. Der Anteil der Ausländer/innen, deren Einbürgerung unter diesem Gesichtspunkt grundsätzlich möglich wäre, stieg um 16 Prozentpunkte auf über 69 Prozent. Positiv ist auch anzumerken, dass die Entwicklung über die letzten drei Jahre kontinuierlich steigend verlief. Dabei muss im Blick bleiben, dass für eine tatsächliche Einbürgerung weitere Voraussetzungen notwendig sind, deren Vorliegen nur eine eingehende Einzelfallprüfung nachweisen kann. Der Indikator besagt nur, für wie viele Menschen mit ausländischem Pass eine Einbürgerung eine grundsätzlich mögliche Option darstellt. Eine hohe Prozentzahl ist wünschenswert, um einem wachsenden Auseinanderklaffen von Bevölkerung und Staatsvolk entgegenzuwirken.

Integration in das Bildungssystem – Kindertagesstätten und Krippen

Entscheidende Grundlagen für die Integration ins Bildungssystem werden bereits im Vorschulalter gelegt. Deshalb ist der überaus hohe Anteil von Vorschulkindern mit Migrationshintergrund, die eine der hannoverschen Kindertagesstätten besuchen, sehr positiv. Ein Wert von über 46 Prozent spricht deutlich für eine uneingeschränkte Teilhabe der Kinder mit Migrationshintergrund am System der Kindertagesstätten. Die stetigen Zuwächse seit 2007 – auch die absoluten Zahlen – haben für eine faktische Vollerfassung gesorgt. 5.573 Kinder mit Migrationshintergrund besuchten 2009 eine Kita, nach einem Blick in die Einwohnerstatistik könnte man auch sagen, das seien ungefähr 97 Prozent aller Kinder mit Migrationshintergrund in dieser Altersklasse (5.739). Da jedoch Einwohnerstatistik und Kita-Statistik unterschiedliche Formen der Erfassung des Migrationshintergrundes benutzen, kann man diese Zahlen nicht einfach mischen. Aus demselben Grund kann auch der Wert für den Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in den Kindertages-

stätten mit 46,3 Prozent höher liegen als der Anteil dieser Kinder an der gesamten Altersgruppe der 3-5jährigen in der Einwohnerschaft (44,1 Prozent). Mit diesen Inkonsistenzen muss die kommunale Statistik im Augenblick leben.

Weniger günstig als bei den Drei- bis Fünfjährigen sieht die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund in der Krippenbetreuung aus, hier macht ihr Anteil nur etwas mehr als ein Viertel alle Krippenkinder aus. Positiv ist aber die stetige Verbesserung gegenüber den Vorjahren zu vermerken, die Zahl der in Krippen betreuten Kinder mit Migrationshintergrund ist nicht nur absolut gewachsen, sondern sie ist auch noch jeweils stärker als bei den Kindern ohne Migrationshintergrund gewachsen. Das Ausbauprogramm der Landeshauptstadt bei den Krippenplätzen bis 2013 zeigt insofern seine Wirkung. Weitere Verbesserungen sind jedoch wünschenswert, denn bereits im Krippenbereich werden die ersten Grundlagen für die gemeinsame Verkehrssprache und ein interkulturelles Miteinander gelegt. Neben den institutionellen Krippenplätzen werden auch die dezentralen Tagespflegeplätze für Kinder zwischen null und drei Jahren ausgebaut, hiervor gab es 2009 946 in Hannover. Bislang wird bei der Tagespflege der Migrationshintergrund noch nicht erhoben, es ist aber davon auszugehen, dass die Plätze vorrangig Eltern ohne Migrationshintergrund belegt werden.

Integration in das Bildungssystem – Schulen

Die gleichberechtigte Teilhabe der Eingewanderten und ihrer Nachkommen im deutschen Schulsystem stellt eine bleibende Herausforderung dar, denn die Verteilungsunterschiede auf die besuchten Schulformen sind bei den deutschen und ausländischen Kindern nach wie vor groß: Besonders deutlich zeigt sich dies beim Anteil der Gymnasiasten unter den nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen in der Sekundarstufe I, er ist mit knapp 26 Prozent fast um 20 Prozentpunkte geringer als die unter den deutschen (44,1 Prozent). Und die Kluft ist gegenüber dem Jahr 2004 sogar noch größer geworden: Der Anteil der ausländischen Kinder und Jugendlichen un-

ter den Gymnasiast/innen fiel um fast vier Prozentpunkte, während der entsprechende Anteil unter den deutschen Kindern und Jugendlichen geringfügig stieg.

Die Aussagekraft dieser, wie auch aller nachfolgenden Zahlen aus dem schulischen Bildungsbereich leidet allerdings erheblich darunter, dass bislang in der niedersächsischen Schulstatistik nur die Unterscheidung zwischen deutschen und ausländischen Schüler/innen existiert. Da jedoch gerade in der Altersgruppe der Schulpflichtigen besonders viele von den Neuregelungen des Staatsangehörigkeitsrecht aus dem Jahr 2000 profitieren und die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben, „verschwinden“ bis zu 50 Prozent aller Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der undifferenzierten statistischen Gruppe der „deutschen Schüler/innen“. Gemäß einer Entscheidung der Kultusministerkonferenz soll künftig in der Schulstatistik eine länderübergreifend einheitliche Definition des Migrationshintergrundes verwendet werden, die die drei Merkmale Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Verkehrssprache und Geburtsland einbezieht. Für die niedersächsische Schulstatistik war dieser Beschluss allerdings auch im Berichtsjahr 2009 noch nicht umgesetzt.

Waren ausländische Schüler/innen an Gymnasien drastisch unterrepräsentiert, verhielt es sich an den Hauptschulen umgekehrt: Hier waren 2009 die Schüler/innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in der Sekundarstufe I proportional weit stärker (17,2 Prozent) vertreten als die deutschen Schüler/innen (9,1 Prozent). Auch die rückläufige Tendenz gegenüber 2004 kann das unbefriedigende Bild nicht aufhellen, denn der Rückgang trat bei deutschen und ausländischen Schüler/innen fast gleichmäßig auf – ist also wohl vor allem der generellen Austrocknung der Schulform „Hauptschule“ insgesamt geschuldet.

Positiv stellt sich hingegen die Situation an den Integrierten Gesamtschulen (IGS) dar: Hier unterschieden sich die prozentuale

Anteile an der jeweiligen Grundgesamtheit aller Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I für ausländische und deutsche Kinder und Jugendliche nicht wesentlich. So gingen 2009 22,1 Prozent aller ausländischen Schüler/innen in der Sekundarstufe I auf eine IGS, während es bei den deutschen Schüler/innen 23,7 Prozent waren. Auch die Veränderungsbewegungen über die Vergleichsjahre verliefen weitgehend synchron.

Neu aufgenommen wurde der Indikator I.2.6 „Anteil der Schüler/innen der Sekundarstufe II an allen Schüler/innen“, der Auskunft darüber gibt, wie hoch der Anteil der Schüler/innen ist, die die Oberstufe erreichen. Hier gibt es eine erstaunlich positive und stetige Entwicklung zu beobachten: In den Jahren seit 2005 ist der Anteil der ausländischen Schüler/innen, die die Oberstufe erreichen, kontinuierlich gewachsen, nämlich von 6,8 Prozent auf 13,3 Prozent. In den letzten beiden Jahren wuchs der Anteil jährlich um mehr als zwei Prozentpunkte – und: obwohl die absolute Zahl der ausländischen Schüler/innen insgesamt in derselben Zeit um 1.000 Personen fiel, stieg die absolute Zahl der ausländischen Oberstufenschüler/innen um über 350 Personen an. Im Jahr 2009 sind somit die Anteile derjenigen Schüler/innen, die die Oberstufe erreichen, bei Deutschen (17,8 Prozent) und Ausländern (13,3 Prozent) längst nicht mehr so weit auseinander wie noch vier Jahre zuvor (2005: dt. 13,9 Prozent / ausl. 6,8 Prozent)

Ebenfalls positiv zu vermerken ist, dass sich seit dem Jahr 2001 die Quote der Schulabgänger/innen ohne Schulabschluss von 20,7 Prozent (2001) auf 14,8 Prozent (2009) verringert hat. Allerdings profitierten die ausländischen Jugendlichen in den letzten beiden Jahren nicht mehr so stark von der Verbesserung wie ihre deutschen Alterskollegen, bei denen die Abgängerquote ohne Abschluss gerade im letzten Jahr um mehr als zwei Prozentpunkte zurückging.

Leider war bei Übergang in die berufliche Ausbildung der Anteil der Berufsschüler/innen ohne Ausbildungsvertrag unter den ausländischen Jugendlichen 2009 mehr als dreimal (12,6 %) so hoch als bei den deutschen Berufsschüler/innen (3,7 %). Es kann da keineswegs

beruhigen, dass das Risiko für ausländische Schulabgänger/innen, keine Lehrstelle zu erhalten, gegenüber dem Risiko ihrer deutschen Mitschüler/innen 2001 noch fast fünfmal so hoch war, sich also die relative Kluft zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen bis 2009 verringert hat. Denn praktisch haben sich die Verhältnisse seit 2001 für beide Gruppen eher verschlechtert. Die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen und die Vermittlung von Jugendlichen insbesondere mit Migrationshintergrund auf bestehende Ausbildungsplätze bleiben daher eine vorrangige Aufgabe.

Anmerkung: Bei diesem Indikator war eine Korrektur notwendig, die im Vergleich zum Vorgängerbericht (2008) zu deutlich geänderten Prozentzahlen für die Jahre 2001 und 2007 geführt hat. So sind nun für 2001 statt 23,3 Prozent ausländische Berufsschüler/innen ohne Ausbildungsvertrag nur noch 12,2 Prozent ausgewiesen. Diese deutliche Reduzierung der Prozentwerte, die in ähnlichem Maße auch für das Jahr 2007 (12,4 statt 21,6 Prozent) gilt, hängt mit einer geänderten Berücksichtigung des Berufsgrundbildungsjahrs (BGJ) zusammen. Im Integrationsmonitoringbericht 2008 war das BGJ noch vollständig als Form des Berufsübergangssystems gewertet worden, obwohl es in Niedersachsen als einzigem Bundesland bis 2008 auch die Form des verpflichtenden BGJ als regulären Teil eines Ausbildungsvertrages im dualen System gab. Seit 2009 ist das BGJ vollständig abgeschafft worden. Da keine Zahlen darüber vorliegen, wie viele Berufsschüler/innen vor 2009 das BGJ als verpflichtenden Teil eines Ausbildungsvertrages absolvierten, bzw. für wie viele das BGJ Teil des Berufsübergangssystems war, bildet die Teilnahme am BGJ keinen zuverlässigen Anhaltspunkt für das Fehlen eines Ausbildungsvertrages und bleibt daher durchgängig für diesen Indikator unberücksichtigt.

Arbeitsmarkt

Der Stand der gleichberechtigten Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt kann vor allem durch Kennzahlen im Bereich der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit erschlossen werden.

Während der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der deutschen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Zeitraum von 2001 bis 2009 praktisch unverändert ist (54,1 Prozent), verrin-

gerte er sich bei der ausländischen Einwohnerschaft deutlich: Bei letzterer ging der Anteil um mehr als drei Prozentpunkte von 36,1 Prozent auf 32,6 Prozent zurück. Der ohnehin große Abstand wuchs somit auf über 21 Prozentpunkte Differenz. Das heißt: etwas weniger als ein Drittel der ausländischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hat noch einen regulären Job, aber bei der deutschen Bevölkerung sind es immerhin noch mehr als die Hälfte. Um die Tiefe der Kluft richtig einzuschätzen, muss man noch berücksichtigen, dass die Beamtinnen und Beamten, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen und daher nicht in dieser Statistik auftauchen, vorrangig auf der Seite der deutschen Erwerbstätigen hinzuzählen sind, da man deutscher Staatsangehöriger (oder EU-Bürger) sein muss, um Beamter werden zu können. Die Zahl der verbeamteten EU-Bürger/innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist aus statistischer Sicht eher zu vernachlässigen. Weiterhin muss man berücksichtigen, dass in der amtlichen Statistik auch Niedriglohnjobs (so genannte „Midi-Jobs“ mit einem Entgelt von 400,01-800 Euro/mtl.) zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gezählt werden. „Sozialversicherungspflichtige Tätigkeit“ und „Vollerwerbstätigkeit“ sind daher nicht identisch.

Zusätzlich steigt – vor allem bei ausländischen Beschäftigten – die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, was praktisch heißt, dass die Zahl der so genannten „Mini-Jobs“ auf 400-Euro-Basis in den letzten Jahren kontinuierlich stieg. Der Anteil der geringfügig entlohnten Beschäftigten unter den ausländischen Beschäftigten stieg in 2009 auf 24 Prozent. Gegenüber dem Vergleichsjahr 2003 sind das in absoluten Zahlen über 1.300 Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit mehr, die einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen. Eine Möglichkeit zur Gegensteuerung ist, die Anstrengungen zu verstärken, um Menschen mit im Ausland erworbenen Berufsausbildungen und -erfahrungen, die aus formalen Gründen in Deutschland nicht anerkannt werden können, mit passenden Fortbildungen in ausbildungsadäquate Jobs zu bringen. Positiv anzumerken ist, dass die Problemgruppe derjeni-

gen ohne Berufsausbildung seit 2001 gerade unter den Ausländerinnen und Ausländern kontinuierlich und deutlich kleiner geworden ist, die Verringerung von 2001 auf 2009 machte 13,5 Prozentpunkte aus.

Der Anteil der Arbeitslosen unter den ausländischen Einwohner/innen im erwerbsfähigen Alter hat sich in den letzten zwei Jahren praktisch nicht verändert und liegt bei 15,5 Prozent (2007: 15,3 Prozent). Genauso verhält es sich mit der besonderen Gruppe der Arbeitslosen unter 25 Jahren. Hier war der Wert zwischen 2001 und 2007 erfreulich von 9,8 Prozent auf 7,7 Prozent gesunken, seither stagniert er unverändert. Da zeitgleich die Situation der deutschen Gleichaltrigen sich geringfügig verbessert hat, wächst die Kluft tendenziell wieder: Deutsche und ausländische junge Menschen unter 25 Jahren sind zunehmend ungleich von Arbeitslosigkeit (6,4 Prozent zu 7,7 Prozent) betroffen.

Ebenfalls wenig Positives ist bei der allgemeinen Arbeitslosenquote zu vermerken, die Veränderungen bewegen sich in den letzten zwei Jahren im Zehntelprozentbereich. Die Arbeitslosigkeit bei der ausländischen Einwohnerschaft im arbeitsfähigen Alter unverändert mit 15,5 Prozent immer noch fast doppelt so hoch wie bei den der entsprechenden deutschen Gruppe (8,3 Prozent). Die Weltwirtschaftskrise in Folge der Bankenkrise von 2008 zeigt hier offenbar wenig Auswirkung.

Insgesamt bleibt der Arbeitsmarkt eine Herausforderung für den Integrationsprozess, von einer gleichberechtigten Teilhabe aller Einwohner/innen kann derzeit noch nicht die Rede sein.

Gesellschaftliche und politische Partizipation

Neue Daten zur Quote der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber mit Migrationshintergrund werden erst mit der Kommunalwahl im Laufe dieses Jahres zustande kommen. Ein Blick auf die Quote von 2006 (6,4 Prozent Wahlbewerber/innen mit Migrationshintergrund)

zeigt, dass erheblicher Nachholbedarf besteht, denn der Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist rund viermal so hoch. Veränderungsbedarf besteht in zwei Richtungen: Zum einen ist es wünschenswert, dass die Parteien sich stärker für diese Zielgruppe öffnen und z.B. Menschen mit Migrationshintergrund auf aussichtsreichen Listenplätzen aufstellen. Zum anderen müssen aber auch die Eingewanderten und ihre Nachkommen auch selbst stärker für das Feld der aktiven demokratischen Teilhabe gewonnen werden.

Erstmals konnte für diesen Bericht auch der Anteil der städtischen Beschäftigten in den Vergütungsgruppen A 9 bzw. E 8 und höher berücksichtigt werden. Diese Eingruppierung entspricht vereinfacht einem Bruttomonatseinkommen von 2.400 Euro (weitere Details siehe Tabellenteil). Demnach erhalten knapp ein Fünftel aller städtischen Beschäftigten ohne deutschen Pass ein Entgelt entsprechend A 9 / E 8 oder höher. Hingegen erhalten von den städtischen Beschäftigten mit deutschem Pass mehr als die Hälfte ein solches Entgelt entsprechend A 9 / E 8. Es bedürfte daher mindestens einer Verdoppelung der Zahl der ausländischen städtischen Beschäftigten in den höheren Vergütungsgruppen, um eine annähernd ausgeglichene Proportion zu erhalten. Leider werden auch in absehbarer Zukunft keine Aussagen über die entsprechenden Zahlen für die Beschäftigten mit Migrationshintergrund möglich sein, da es gegenwärtig keine Rechtsgrundlage dafür gibt, den Migrationshintergrund aller städtischen Beschäftigten direkt zu erheben und für statistische Zwecke zu speichern. Zur Zahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei der Landeshauptstadt Hannover gibt es bis auf Weiteres nur eine statistisch begründete Kalkulation als Näherungswert, aber keine exakte Daten. Eine vergleichbare Kalkulation für die Verteilung auf die Entgeltgruppen wäre statistisch weder sinnvoll, noch aussagekräftig.

2.2 Kulturelle Integration

Im Bereich der kulturellen Integration stehen zur Verdeutlichung des Stands der Annäherung zwischen Eingewanderten und Alteingesessenen nunmehr vier Indikatoren zu Verfügung.

Werteannäherung

Der Anteil der Bevölkerung mit fünf oder mehr Personen im Haushalt liegt bei den Familien mit Migrationshintergrund unverändert genau dreimal so hoch wie bei den Familien ohne Migrationshintergrund. Die Veränderungen gegenüber dem Vergleichsjahr 2007 bewegen sich im Zehntelprozentbereich. Da die Haushaltezahlen jedoch nicht wie die Einwohnerzahlen durch die Auswertung eines Registers gewonnen werden, sondern das Ergebnis einer Modellrechnung sind – und Modellrechnungen grundsätzlich Unschärfen erzeugen –, sind die Veränderungen im Nachkomma-Bereich bei diesem Indikator zu vernachlässigen. Daher muss man mit Blick auf die letzten Jahre davon ausgehen, dass im Sinne einer Werteannäherung keine relevante Veränderung stattgefunden hat.

Ähnlich verhält es sich bei dem nächsten Indikator. Die Frauenerwerbsquote ist zwar bei den ausländischen Einwohnerinnen in den letzten zwei Jahren schrittweise gestiegen und liegt nun bei 38,5 Prozent. Doch beträgt sie damit immer noch nur zwei Drittel des Wertes bei den deutschen Einwohnerinnen (64,1 Prozent). Auch über die Jahre seit 2001 betrachtet hat sich der Abstand zwischen den Werten bei den ausländischen und den deutschen Frauen nur geringfügig verringert. Hier spielen allerdings neben den kulturell geprägten Geschlechterrollenverhältnissen möglicherweise auch andere Faktoren wie der fortschreitende Wegfall gering qualifizierte Jobs auf den Arbeitsmärkten eine Rolle. Der allgemeine Anstieg der Frauenerwerbsquote (deutsch wie ausländisch) erklärt sich vor allem aus dem Anwachsen der Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse und der 400-Euro-Jobs.

Anmerkung: Weil das Segment der geringfügig entlohnten Beschäftigung an Bedeutung zugenommen hat, wurde für diesen Indikator abweichend

zum Integrationsmonitoringbericht 2008 zusätzlich zu den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen auch die geringfügig Beschäftigten berücksichtigt. Dadurch ergeben sich retrospektiv andere (höhere) Werte z.B. für das Jahr 2007.

Spracherwerb

Dieser und der folgende Indikator zur Gesundheit konnten in diesem Jahr erstmalig verwendet werden. Grundlage der Daten sind die Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen, die ungefähr ein halbes Jahr vor der eigentlichen Einschulung stattfinden. Kinder, die bei der Sprachstandserhebung ein Jahr vor der Einschulung durch geringe Deutschkenntnisse aufgefallen sind, haben zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung durch das Gesundheitsamt der Region in der Regel schon sechs Monate vorschulische Sprachförderung hinter sich. Gemessen an dieser Ausgangslage ist das Ergebnis, dass sich im letzten Jahr 14,5 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund praktisch nicht mit der oder dem untersuchenden Arzt/Ärztin auf Deutsch verständigen konnten, erschreckend. Auffällig ist, dass Kinder ohne Migrationshintergrund, welche bei der Einschulungsuntersuchung kaum oder unverständlich Deutsch sprachen, in der Statistik kaum auftreten (nur zwei Kinder im Jahr 2009), obwohl erwiesen ist, dass es auch Förderbedarf in deutscher Sprache bei Kindern mit deutscher Familienherkunft gibt. Dies ist vorrangig darauf zurückzuführen, dass eine detaillierte Bestimmung der Sprachqualität und Ausdruckfähigkeit in deutscher Sprache im Untersuchungsbericht nicht vorgesehen ist. Festgehalten wird nur, wo die Verständigung nicht funktioniert, bzw. umgekehrt wo Mehrsprachigkeit festgestellt wird. Rätselhaft ist hingegen, warum gerade das Jahr 2008 so deutlich von den Werten des Jahres davor und danach abweicht. Auch die Gesundheitsbehörde der Region, die die Untersuchungen durchführt, hat hierfür keine schlüssige Erklärung.

Gesundheit

Die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund, die an der letzten Vorsorguntersuchung vor der Einschulung („U 9“) teilnahmen, hat

sich seit 2006 positiv entwickelt, sie nahm um mehr als drei Prozentpunkte zu und liegt nun bei 70,5 Prozent. Gleichwohl ist der Prozentsatz unter den Kindern ohne Migrationshintergrund mit 84,2 Prozent noch immer deutlich höher, wenn auch die Differenz ganz allmählich geringer wird. Hieraus kann geschlossen werden, dass die Einbindung der Familien mit Migrationshintergrund in das Versorgungssystem zwar zunehmend besser gelingt, aber immer noch nicht von gleichwertiger Qualität ist.

2.3 Soziale Integration

Aufenthaltsdauer und Bleibeabsichten

Der Anteil der ausländische Bevölkerung im Alter von über 20 Jahren, welcher sich 20 Jahre und mehr in Deutschland aufhält, ist seit 2006 (29,2 %) auf 37,3 Prozent (2009) gestiegen. Das bedeutet, dass der Anteil der Menschen, die für immer ihren Lebensschwerpunkt nach Deutschland verlagert haben, steigt. Davon ausgehend, dass mit der Dauer des Aufenthalts auch die Chancen auf soziale Kontakte und interpersonelle Bindungen steigt, ist ein Steigen dieses Wertes positiv zu werten.

Der Indikator III.1.2 (Anteil der in Deutschland Geborenen an allen Menschen mit Migrationshintergrund) muss zum zweiten Mal unberücksichtigt bleiben, weil die aufwändige Anpassung des hierfür zwingend erforderlichen Statistikprogramms „MigraPro“ auf die hannoverschen Bedingungen noch nicht abgeschlossen ist. Wenn allerdings „MigraPro“ voll einsatzfähig ist, werden auch rückwirkende Auswertungen des Indikators bis zum Basisvergleichsjahr 2001 möglich sein.

Interkulturelles Zusammenleben

Der Indikator „Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben“ bildet die Tendenz zur interkulturellen Vermischung in der privaten Sphäre der Gesellschaft ab. Mehr als ein Fünftel aller Haushalte (22,6 Prozent) in Hannover fällt in diese Kategorie. Gegenüber dem Vergleichsjahr 2007 gibt es eine schwache

Steigerung um 0,6 Prozentpunkte, was in absoluten Zahlen allerdings immerhin eintausend Haushalte ausmacht.

2.4 Identifikatorische Integration

Einbürgerungen

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung, der von der Option auf Einbürgerung Gebrauch macht, ist von 2005 bis 2009 merklich gefallen. Es sank in diesem Zeitraum die absolute Zahl der vollzogenen Einbürgerungen von 1.605 auf 1.329 im Jahr, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Ausländer/innen in Hannover, die die erforderlichen Mindestverweildauer für eine Einbürgerung (acht Jahre legalen Aufenthalts) aufwiesen, um fast 11.000 Personen wuchs.

In der Gesamtbilanz ging der Indikator daher um deutliche 1,4 Prozentpunkte zurück. Es scheint, dass die Vorteile aus dem Wechsel der Staatsangehörigkeit nur aus Sicht einer sinkenden Zahl von Eingewanderten hinreichend Anreize bieten, um das Verfahren auf sich zu nehmen.

Da die fallende Tendenz über den gesamten Beobachtungszeitraum von 2005 bis 2009 relativ gleichmäßig verlief, kann vermutet werden, dass die Gesetzesreformen von 2008 – Einführung des Einbürgerungstestes und Verschärfung des Sprachkenntnisnachweises – als alleinige Erklärung für eine Abschreckung oder Verunsicherung potenzieller Einbürgerungsinteressenten wohl nicht ausreichen. Ebenfalls eine Bedeutung dürfte die oben schon erwähnte Ausweitung der EU gehabt haben, die in Hannover aus über 8.000 potenziellen Einbürgerungskandidat/innen neue EU-Bürger/innen gemacht hat. Da sie dadurch rechtlich weitgehend mit deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt wurden, z.B. auch auf kommunaler Ebene wählen dürfen, sank für sie der Anreiz zur Einbürgerung. Ähnlich dürfte die Situation für diejenigen ausländischen Eltern sein,

deren Kinder seit 2000 durch Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Auch für sie sinkt der Anreiz, insoweit als die dauerhafte Sicherung des Aufenthaltsstatus für die eigenen Kinder einen der Nutzeffekte der Einbürgerung darstellt.

Da andere Städte in den letzten zwei Jahren recht gute Erfahrungen mit einer Verstärkung der Werbung für die Einbürgerung in Form etwa einer Einbürgerungskampagne gemacht haben, wird die Landeshauptstadt Hannover im Jahr 2011 eine eigene Kampagne starten.

3. Ausblick

Das Integrationsmonitoring der Landeshauptstadt Hannover wird einmal im Jahr fortgeschrieben und in den nächsten Jahren noch um weitere Indikatoren (Kennzahlen) ergänzt werden. Zurzeit stehen noch nicht alle wünschenswerten Daten in verwertbarer Form zur Verfügung. Aus diesem Grund wird das System nach und nach noch erweitert werden.

In wechselnder Folge sollen das Integrationsmonitoring zudem mit Sonderauswertungen zu einzelnen Aspekten ergänzt werden. Als Sonderauswertung ist z.B. auch ein Städtevergleich angestrebt. Gegenwärtig jedoch wäre ein solcher Vergleich durch die Unterschiede in Datenerfassung und -bearbeitung in den verschiedenen Bundesländern noch nur bedingt aussagefähig. Ob die jüngste Einigung der Bundesländer auf ein gemeinsames Vorgehen beim Integrationsmonitoring auf Länderebene langfristig eine verbesserte Vergleichbarkeit zur Folge haben wird, bleibt abzuwarten. Die erste Sonderauswertung wird daher dem Genderaspekt gewidmet. Geplant sind auch Sonderauswertungen auf der Ebene der Stadtbezirke.

4. Sonderauswertung zur Genderfrage

Bislang liegen nach Geschlecht getrennt ausgewiesene Daten noch nicht für alle Indikatoren vor. Der Schwerpunkt der verfügbaren Daten liegt eindeutig im Bereich der strukturellen Integration. Insbesondere die Daten zum Schulbesuch – mit Ausnahme der Indikatoren I.2.7 und I.2.8 (Schulabgänge mit Hochschulreife bzw. Schulabgänge ohne Abschluss) – und zum Arbeitsmarkt sind durchweg für Männer und Frauen differenziert zu erhalten. Darüber hinaus sind nur zu einzelnen Indikatoren entsprechende Daten verfügbar. Die nachfolgende Sonderauswertung ist insofern nicht vollständig. Um die Datenfülle noch lesbar darstellen zu können, wurde auf die Wiedergabe der absoluten Zahlen verzichtet, außerdem wurde bei den meisten Indikatoren das Jahr 2007 ausgelassen, da sich auch im Querformat nicht mehr als drei Jahre gleichzeitig nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit differenziert sinnvoll und lesbar darstellen lassen. Deshalb wurden nur das jeweilige Basisvergleichsjahr und die beiden letzten Jahre in die Darstellung aufgenommen. Die vollständigen Daten können bei Bedarf natürlich angefordert werden und werden dann als Dateien zur Verfügung gestellt.

4.1 Strukturelle Integration

Rechtliche Integration

Nur der Indikator „legaler Daueraufenthalt von acht und mehr Jahren“ kann nach Geschlecht differenziert analysiert werden. Hier ist eine erfreuliche Angleichung zu beobachten, die um einige Prozentpunkte schlechtere Lage bei den Ausländerinnen hat sich in den letzten Jahren dem Wert bei den Ausländern angeglichen, sodass nun beide Werte dicht beim gemeinsamen Mittelwert liegen. Dies bedeutet, dass die grundsätzliche Option auf eine Einbürgerung, für die ein Aufenthalt von acht Jahren eine wesentliche Voraussetzung bildet, für beide Geschlechter gleichmäßig verteilt.

Integration in das Bildungssystem – Kindertagesstätten und Krippen

Die Daten aus der Kindertagesstättenstatistik sind nicht gleichzeitig nach Geschlecht und Migrationshintergrund differenzierbar, weil sie

nicht zur Person des jeweiligen Kindes, sondern für die Gesamtheit der jeweiligen Einrichtung erhoben werden. Die Sonderauswertung muss hier also entfallen.

Integration in das Bildungssystem – Schulen

Da die Daten aus der Schulstatistik fast durchgängig nach Geschlecht differenziert erhoben werden, ist in diesem Indikatorenfeld eine eingehende Analyse möglich. Und die auffälligen Ungleichgewichte zeigen deutlich, dass eine geschlechtssensible Betrachtung notwendig und sinnvoll ist.

So ist der Anteil der Gymnasiast/innen unter den Kindern und Jugendlichen in der Sekundarstufe I nicht nur ungleich nach der Herkunft verteilt, sondern entwickelt sich zudem unterschiedlich nach dem Geschlecht. Bei den nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen erreichten im Vergleichsjahr 2005 mit 31,7 Prozent noch merklich mehr Mädchen den Zugang zum Gymnasium als Jungen (28,1 Prozent). Dieser Vorsprung um 3,6 Prozentpunkte schmolz bis 2009 auf 1,6 Prozentpunkte ab, wobei zu beachten ist, dass für beide Geschlechter bei den Nichtdeutschen der Anteil der Gymnasiast/innen gesunken ist. Dies ist sicherlich im Zusammenhang mit dem gleichzeitigen Anstieg des entsprechenden Anteils der IGS-Schüler/innen ohne deutschen Pass zu sehen. Hier stieg der Anteil unter den ausländischen Mädchen schneller (von 16,1 auf 23,7 Prozent) als der entsprechende unter den ausländischen Jungen (von 16,3 auf 20,6 Prozent). Der geringe ursprüngliche Vorsprung der Jungen hat sich also von 2005 bis 2009 in einen deutlichen Rückstand gewandelt. Beide, Mädchen wie Jungen, haben dabei jedoch einen klaren Zuwachs in relativen wie absoluten Zahlen beim Besuch einer IGS erreicht. Praktisch scheint es eine Verlagerung der ausländischen Kinder und Jugendlichen von der Schulform Gymnasium zur IGS zu geben, die bei den ausländischen Schülerinnen stärker ausgeprägt ist. Dass die ausländischen Schülerinnen insgesamt schulisch erfolgreicher als ihre männlichen Mitschüler sind, spiegelt sich in den starken Steigerungen beim Besuch der Sekundarstufe II. 2009 besuchten 15,5 Prozent aller ausländischen Schülerinnen die

Sekundarstufe II, eine Steigerung um mehr als 7 Prozentpunkte seit 2005. Bei ihren männlichen Mitschülern gab es zwar auch eine Steigerung um knapp 6 Prozentpunkte, im Ergebnis lag ihre Quote für das Jahr 2009 mit 11,3 Prozent deutlich unter der der Mädchen.

Die drastischste Auseinanderentwicklung zwischen den Geschlechtern gab es jedoch bei der Lehrstellensuche. Im Vergleichsjahr 2001 hatten noch mehr junge Frauen als junge Männer ohne deutschen Pass mangels Lehrstelle in das Berufsübergangssystem ausweichen müssen. 2009 stellte sich die Situation hingegen komplett anders dar: Während sich bei den jungen Männer ohne deutschen Pass die Quote der Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag gegenüber 2001 glatt verdoppelt hat (18,4 Prozent), hat sie sich bei den jungen Frauen ohne deutschen Pass fast halbiert (5,3 Prozent). Die jungen Frauen nähern sich damit ihren deutschen Geschlechtsgenossinnen (3,5 Prozent). Diese außerordentlich positive Entwicklung ist umso bemerkenswerter, als die entsprechenden Zahlen bei den deutschen Berufsschülerinnen und Berufsschülern sich im gleichen Zeitraum bei allem Auf und Ab insgesamt spürbar verschlechtert haben.

Arbeitsmarkt

Auch im Feld der Arbeitsmarktintegration zeigen sich deutliche Unterschiede, die die Sinnhaftigkeit einer geschlechtssensiblen Analyse unterstreichen. Während sich etwa der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der deutschen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 2001 und 2009 nur geringfügig verändert hat und im Jahr 2009 fast keinen Unterschied mehr zwischen den Geschlechtern erkennen lässt (54,3 Prozent bei den Männern gegenüber 53,9 Prozent bei den Frauen), laufen die entsprechenden Zahlen bei der ausländischen Einwohnerschaft deutlich auseinander. Zum einen sank die Beschäftigungsquote hier bei Männern wie Frauen spürbar (von 42,0 Prozent bei den ausländischen Männern auf 38,2 Prozent, bei den ausländischen Frauen von 29,8 Prozent auf 27,1 Prozent). Zum anderen blieb der Abstand zwischen Männern und Frauen bei über zehn Prozentpunkten, eine wirkliche

Angleichung der Verhältnisse zwischen Männern und Frauen fand nicht statt.

Anmerkung: Die notwendige Verkürzung der Zeitreihe auf die Jahre 2001 und 2008/2009 erzeugt bei diesem Indikator den falschen Eindruck eines langsamen, aber kontinuierlichen Abfallens der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei den ausländischen Einwohner/innen. Dies täuscht insofern, als es nach 2001 einen raschen und deutlichen Abfall der Zahlen mit einem Tiefpunkt im Jahr 2005 (35,9 Prozent bei den ausländischen Männern, 25,8 Prozent bei den ausländischen Frauen) gab. Die nicht abgebildeten Jahre 2006 und 2007 brachten hingegen regelmäßig einen Anstieg. Insgesamt jedoch wurde das Niveau des Jahres 2001 nicht wieder erreicht.

Ein ähnlich gleichbleibender Abstand zeigt sich bei den ausländischen Beschäftigten mit geringfügiger Entlohnung. Deren Anteil an allen ausländischen Beschäftigten nahm von 2003 bis 2009 bei beiden Geschlechtern spürbar zu, doch blieb der Abstand zwischen den Geschlechtern fast konstant bei zehn Prozentpunkten. Interessant ist der Vergleich mit den deutschen weiblichen Beschäftigten: Auch bei diesen nahm der Anteil der Beschäftigten mit geringfügiger Entlohnung zu, allerdings verlief der Anstieg von 2003 (14,6 Prozent) bis 2009 (15,9 Prozent) wesentlich flacher als bei den ausländischen weiblichen Beschäftigten. Obwohl die weiblichen ausländischen Beschäftigten nur 5,5 Prozent aller abhängig Beschäftigten in Hannover ausmachen, entfallen mehr als 16 Prozent des Zuwachses zwischen 2003 und 2009 bei der geringfügigen Beschäftigung auf sie. Auf die weiblichen deutschen Beschäftigten, die 45 Prozent aller abhängig Beschäftigten ausmachen, entfielen hingegen gut 34 Prozent des Zuwachses. Der Zuwachs an geringfügiger Entlohnung findet also nicht unwesentlich zu Lasten ausländischer Frauen statt.

Beim Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren an der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 24 Jahren zeigen sich hingegen andere Differenzierungsmuster. Insgesamt hat sich von 2001 bis 2009 ein erfreulicher Rückgang an Arbeitslosigkeit in diesem jungen Bevölkerungssegment gezeigt. Doch ist die Arbeitslosigkeit bei den Männern unter 25 Jahren unabhängig von der Staatszugehörigkeit deutlich höher als bei den Frauen. Und die Werte für die jungen Frauen

(ausländische wie deutsche) liegen dichter bei einander als die der jungen Männer. Hier hat das Geschlecht offenbar einen größeren Einfluss als der Pass.

Betrachtet man hingegen die gesamte Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und nicht nur das Bevölkerungssegment unter 25 Jahren, dann erscheint wiederum der Pass als das relevantere Scheidungskriterium. Zwar sind auch hier mehr deutsche Männer als deutsche Frauen arbeitslos gemeldet, doch liegt das Arbeitslosigkeitsniveau bei den ausländischen Frauen deutlich höher als das der deutschen Männer und das der ausländischen Männer wiederum noch höher als das der ausländischen Frauen. Auch insgesamt betrachtet gibt es kaum eine positive Tendenz im Langzeitvergleich 2001 bis 2009. Im deutschen Bevölkerungssegment ist der Anteil der arbeitslos Gemeldeten bei Männern wie Frauen sogar leicht gestiegen, ebenso bei den ausländischen Frauen. Nur bei den ausländischen Männern gibt es eine spürbare Senkung des Anteils der arbeitslos Gemeldeten um drei Prozentpunkte zu verzeichnen.

Gesellschaftliche und politische Partizipation

In diesem Themenfeld gibt es zwei Indikatoren, für die die Daten bislang jedoch noch nicht nach dem Geschlecht differenziert vorliegen, sodass eine Sonderauswertung nicht möglich ist.

4.2 Kulturelle Integration

Werteannäherung

Für dieses Themenfeld sind zwei Indikatoren gebildet worden, für die jedoch eine gesonderte Auswertung nach dem Geschlecht nicht sinnvoll erscheint. Der eine Indikator ist in sich bereits geschlechtsspezifisch (Erwerbsquote), der andere bezieht sich auf Haushalte, die als überindividuelle Einheit keinem Geschlecht zuzuordnen sind.

Spracherwerb / Gesundheit

Die Daten zu diesen beiden Themenfeldern stammen aus der Statistik der Gesundheitsbehörde der Region und liegen leider bislang

nicht nach Geschlecht differenziert vor, sodass vorerst keine geschlechtsbezogene Auswertung möglich ist.

4.3 Soziale Integration

Aufenthaltsdauer und Bleibeabsichten

Der Vorsprung der männlichen Ausländer hinsichtlich der Verweildauer um rund fünf Prozentpunkte schreibt sich über die Jahre bei allmählich und kontinuierlich steigendem Gesamtniveau fort. Es gibt jährlich kleine Schwankungen im Abstand zwischen den Geschlechtern zu verzeichnen, die aber keinen relevanten Trend erkennen lassen. Hieraus kann man insgesamt auch schließen, dass die andauernden Wanderungsbewegungen (Fort- und Zuzüge) die Grundstruktur der ausländischen Bevölkerung nicht bedeutsam ändern.

Interkulturelles Zusammenleben

Da in diesem Themenfeld sich der einzig vorhandene Indikator nicht auf Individuen, sondern auf Haushalte als überindividuelle Einheiten bezieht, ist eine geschlechtsbezogene Auswertung nicht sinnvoll.

4.4 Identifikatorische Integration

Einbürgerungen

Bei der Zahl der vollzogenen Einbürgerungen in Relation zur Zahl der ausländischen Einwohner/innen, die zumindest von der Aufenthaltsdauer in Deutschland her (mehr als acht Jahre) für eine Einbürgerung infrage kommen, zeigen sich leichte Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Während der Anteil unter den männlichen Ausländern in den letzten drei Jahren konstant sank, blieb er bei den Ausländerinnen zwischen 2008 und 2009 unverändert, wenn auch auf niedrigem Niveau. Nicht im Tabellenteil abgebildet, aber bemerkenswert ist das Jahr 2006, weil hier gegen allen Trend die Zahl der Einbürgerungen (absolut und relativ) stieg, besonders deutlich bei den Frauen (4,5 Prozent). Eine naheliegende Erklärung hierfür gibt es nicht.

I. STRUKTURELLE INTEGRATION – 1. RECHTLICHE INTEGRATION

1.	Ausländer/innen mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder mit EU-Staatsangehörigkeit 100 % = alle Ausländer/innen in Hannover	2001	2007	2008	2009
		60,5 %	69,5 %	71,0 %	71,6 %
		51.565 von 85.224 Personen insgesamt	52.134 von 74.977 Personen insgesamt	52.651 von 74.111 Personen insgesamt	52.608 von 73.483 Personen insgesamt
2.	Ausländer/innen mit der erforderlichen Mindestverweildauer für eine Einbürgerung (acht Jahre Aufenthalt in der BRD) 100 % = alle Ausländer/innen in Hannover	2005	2007	2008	2009
		53,4 %	65,3 %	67,3 %	69,6 %
		40.071 von 75.016 Personen insgesamt	48.934 von 74.977 Personen insgesamt	49.846 von 74.111 Personen insgesamt	51.131 von 73.483 Personen insgesamt

I. STRUKTURELLE INTEGRATION – 2. INTEGRATION IN DAS BILDUNGSSYSTEM

1.	Anteil der Kinder (drei bis fünf Jahre) mit Migrationshintergrund in den Kindertagesstätten 100% = alle Drei- bis Fünfjährigen in hannoverschen Kindertagesstätten	Daten für frühere Jahre liegen nicht vor	2007		2008		2009		
			40,7 %		44,6 %		46,3 %		
			5.216 von 12.815 Kindern insgesamt		5.327 von 11.936 Kindern insgesamt		5.573 von 12.033 Kindern insgesamt		
2.	Anteil der Kinder (null bis drei Jahre) mit Migrationshintergrund in den Krippen 100% = alle Null- bis Dreijährigen in hannoverschen Krippen	Daten für frühere Jahre liegen nicht vor	2007		2008		2009		
			24,3 %		25,6 %		27,0 %		
			474 von 1.948 Kindern insgesamt		596 von 2.324 Kindern insgesamt		722 von 2.672 Kindern insgesamt		
3.	Anteil der Schüler/innen an Gymnasien an allen Schüler/innen der Sekundarstufe I (ausländisch / deutsch) 100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Schüler/innen in der Sek. I	2004		2007		2008		2009	
		ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch
		29,8 %	43,3 %	28,6 %	46,8 %	25,9 %	43,9 %	25,9 %	44,1 %
		1.462 von 4.913 Pers. insgesamt	9.129 von 21.104 Pers. insgesamt	1.269 von 4.443 Pers. insgesamt	10.043 von 21.448 Pers. insgesamt	1.112 von 4.300 Pers. insgesamt	8.776 von 19.990 Pers. insgesamt	1.059 von 4.081 Pers. insgesamt	8.912 von 20.918 Pers. insgesamt

4.	Anteil der Hauptschüler/innen an allen Schüler/innen der Sekundarstufe I (ausländisch / deutsch)	2004		2007		2008		2009	
		ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch
		20,4 %	11,8 %	20,0 %	9,6 %	18,1 %	9,6 %	17,2 %	9,1 %
		1.000 von 4.913 Pers. insgesamt	2.492 von 21.104 Pers. insgesamt	877 von 4.443 Pers. insgesamt	2.064 von 21.448 Pers. insgesamt	778 von 4.300 Pers. insgesamt	1.920 von 19.990 Pers. insgesamt	700 von 4.081 Pers. insgesamt	1.830 von 20.918 Pers. insgesamt
100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Schüler/innen in der Sek. I									
5.	Anteil der IGS-Schüler/innen an allen Schüler/innen der Sekundarstufe I (ausländisch / deutsch)	2004		2007		2008		2009	
		ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch
		17,5 %	18,8 %	18,4 %	20,6 %	21,0 %	22,6 %	22,1 %	23,7 %
		861 von 4.913 Pers. insgesamt	3.975 von 21.104 Pers. insgesamt	816 von 4.443 Pers. insgesamt	4.417 von 21.448 Pers. insgesamt	905 von 4.300 Pers. insgesamt	4.518 von 19.990 Pers. insgesamt	903 von 4.081 Pers. insgesamt	4.777 von 20.918 Pers. insgesamt
100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Schüler/innen in der Sek. I									
6.	Anteil der Schüler/innen der Sekundarstufe II an allen Schüler/innen (ausländisch / deutsch)	2005		2007		2008		2009	
		ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch
		6,8 %	13,9 %	8,0 %	14,2 %	10,7 %	17,9 %	13,3 %	17,8 %
		698 von 10.274 Pers. insgesamt	5.986 von 43.147 Pers. insgesamt	742 von 9.240 Pers. insgesamt	6.233 von 43.806 Pers. insgesamt	953 von 8.835 Pers. insgesamt	7.882 von 44.111 Pers. insgesamt	1.102 von 8.260 Pers. insgesamt	9.086 von 44.919 Pers. insgesamt
100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Schüler/innen									
7.	Anteil der Schulabgänger/innen mit Fachhochschul- oder allgemeiner Hochschulreife an allen Schulabgänger/innen (ausländisch / deutsch)	2001		2007		2008		2009	
		ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch
		19,6 %	40,5 %	19,5 %	43,0 %	16,9 %	43,3 %	17,2 %	47,8 %
		170 von 869 Pers. insgesamt	1.486 von 3.670 Pers. insgesamt	184 von 943 Pers. insgesamt	1.610 von 3.744 Pers. insgesamt	159 von 943 Pers. insgesamt	1.630 von 3.762 Pers. insgesamt	151 von 878 Pers. insgesamt	1.776 von 3.714 Pers. insgesamt
100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Schulabgänger/innen									
8.	Anteil der Schulabgänger/innen ohne Schulabschluss an allen Schulabgänger/innen (ausl. / dt.)	2001		2007		2008		2009	
		ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch
		20,7 %	8,8 %	15,1 %	7,8 %	15,3 %	7,3 %	14,8 %	5,0 %
		180 von 869 Pers. insgesamt	324 von 3.670 Pers. insgesamt	142 von 943 Pers. insgesamt	291 von 3.744 Pers. insgesamt	144 von 943 Pers. insgesamt	276 von 3.762 Pers. insgesamt	130 von 878 Pers. insgesamt	187 von 3.714 Pers. insgesamt
100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Schulabgänger/innen									
9.	Anteil der Berufsschüler/innen ohne Ausbildungsvertrag* an allen Berufsschüler/innen (ausl. / dt.)	2001		2007		2008		2009	
		ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch
		9,8 %	2,0 %	12,4 %	3,1 %	11,7 %	3,3 %	12,6 %	3,7 %
		181 von 1.852 Pers. insgesamt	435 von 21.976 Pers. insgesamt	146 von 1.178 Pers. insgesamt	665 von 21.466 Pers. insgesamt	136 von 1.161 Pers. insgesamt	704 von 21.606 Pers. insgesamt	156 von 1.236 Pers. insgesamt	795 von 21.442 Pers. insgesamt
* Schüler/innen im Berufsvorbereitungsjahr, Berufseinstiegsklasse und Berufsschule ohne Ausbildungsvertrag; die Zahlen des 2009 abgeschafften Berufgrundbildungsjahres bleiben auch für die Vorjahre unberücksichtigt									
100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Berufsschüler/innen									

I. STRUKTURELLE INTEGRATION – 3. INTEGRATION IN DEN ARBEITSMARKT

1.	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (ausländisch / deutsch)	2001		2007		2008		2009	
		ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch
		36,1 %	54,0 %	31,6 %	52,8 %	32,6 %	54,0 %	32,6 %	54,1 %
	100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Einwohner/innen zwischen 18 und 64 Jahren	20.168 von 55.851 Pers. insgesamt	150.680 v. 278.848 Personen insg.	17.882 von 56.595 Pers. insgesamt	144.570 v. 273.696 Personen insg.	18.283 von 56.122 Pers. insgesamt	148.560 v. 275.077 Personen insg.	18.070 von 55.404 Pers. insgesamt	149.260 v. 275.777 Personen insg.
2.	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort ohne Berufsausbildung* (ausländisch / deutsch) * einschließlich Beschäftigte ohne anerkannte Berufsausbildung	2001		2007		2008		2009	
		ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch
		37,3 %	15,5 %	27,2 %	13,2 %	25,9 %	12,9 %	23,8 %	12,3 %
	100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen sv-Beschäftigten	7.515 von 20.168 Pers. insgesamt	23.368 von 150.680 Pers. insg.	4.855 von 17.882 Pers. insgesamt	19.133 von 144.570 Pers. insg.	4.730 von 18.283 Pers. insgesamt	19.154 von 148.560 Pers. insg.	4.298 von 18.070 Pers. insgesamt	18.360 von 149.260 Personen insg.
3.	Geringfügig entlohnte Beschäftigte am Wohnort (ausländisch / deutsch)	2003		2007		2008		2009	
		ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch
		18,5 %	12,3 %	23,0 %	13,8 %	22,7 %	13,5 %	24,0 %	13,9 %
	100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Beschäftigten (Summe aus Sozialversicherungspflichtigen und geringfügig Entlohnerten)	4.324 von 23.339 Pers. insgesamt	20.521 von 167.287 Pers. insgesamt	5.347 von 23.229 Pers. insgesamt	23.198 von 167.768 Pers. insgesamt	5.374 von 23.657 Pers. insgesamt	23.187 von 171.747 Pers. insgesamt	5.691 von 23.761 Pers. insgesamt	24.014 von 173.274 Pers. insgesamt
4.	Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren an der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 24 Jahren (ausländisch / deutsch)	2001		2007		2008		2009	
		ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch
		9,8 %	7,3 %	7,7 %	7,0 %	7,6 %	6,1 %	7,7 %	6,4 %
	100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Einwohner/innen zwischen 18 und 24 Jahren	910 von 9.270 Pers. insgesamt	2.488 von 34.069 Pers. insgesamt	584 von 7.629 Pers. insgesamt	2.510 von 35.629 Pers. insgesamt	555 von 7.335 Pers. insgesamt	2.182 von 35.850 Pers. insgesamt	547 von 7.123 Pers. insgesamt	2.329 von 36.550 Pers. insgesamt
5.	Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (ausländisch / deutsch)	2001		2007		2008		2009	
		ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch
		17,1 %	8,0 %	15,3 %	8,4 %	15,3 %	7,8 %	15,5 %	8,3 %
	100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Einwohner/innen zwischen 18 und 64 Jahren	9.538 von 55.851 Pers. insgesamt	22.239 von 278.848 Pers. insgesamt	8.666 von 56.595 Pers. insgesamt	23.017 von 273.696 Pers. insgesamt	8.562 von 56.122 Pers. insgesamt	21.560 von 275.077 Pers. insgesamt	8.589 von 55.404 Pers. insgesamt	22.830 von 275.777 Pers. insgesamt

I. STRUKTURELLE INTEGRATION – 4. GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE PARTIZIPATION

1.	Anteil der Wahlbewerber/innen mit Migrationshintergrund bei den Rat- und Stadtbezirksratswahlen <small>100% = alle Bewerber/innen bei den Rats- und Bezirksratswahlen in Hannover</small>	2006	2007	2008	2009		
		6,4 %	Im Berichtszeitraum fanden keine kommunalen Wahlen statt				
		<small>95 von 1.484 Pers. insgesamt</small>					
2.	Städtische Beschäftigte in den Vergütungsgruppen A 9 bzw. E 8* und höher (ausländisch / deutsch) <small>100% = alle ausländischen städtischen Beschäftigten bzw. alle deutschen städtischen Beschäftigten</small>	2006	2007	2008	2009		
		Daten für frühere Jahre liegen nicht vor				ausländisch	deutsch
						18,8 %	56,7 %
						<small>91 von 485 Pers. insgesamt</small>	<small>5.281 von 9.306 Pers. insgesamt</small>

* Die Entgeltstufe 8 („E8“) nach dem TVöD entspricht einem Bruttogehalt von 2.427,10 Euro in der mittleren Erfahrungsstufe (Stufe 3). Bei der Beamtenbesoldung entspricht die Stufe A9 einem Bruttosold von 2.403,53 Euro in der mittleren Erfahrungsstufe (Stufe 6).

II. KULTURELLE INTEGRATION – 1. WERTEANNÄHERUNG

1.	Bevölkerung in Haushalten mit fünf und mehr Personen (mit / ohne Migrationshintergrund) <small>100% = alle Einwohner/innen mit Migrationshintergrund bzw. alle Einwohner/innen ohne Migrationshintergrund</small>	2001	2007		2008	2009			
		Daten für frühere Jahre liegen nicht vor	mit Migrationshintergrund	ohne Mig.-hintergrund	Daten wurden für dieses Jahr nicht ausgewertet	mit Migrationshintergrund	ohne Mig.-hintergrund		
			16,1 %	5,4 %		16,8 %	5,6 %		
			<small>19.978 von 123.868 Pers. insgesamt</small>	<small>20.793 von 387.122 Pers. insgesamt</small>		<small>21.066 von 125.206 Pers. insgesamt</small>	<small>21.594 von 384.782 Pers. insgesamt</small>		
2.	Frauenerwerbsquote* (ausländisch / deutsch) <small>* Als erwerbstätig werden nicht nur die sozialversicherungspflichtig, sondern auch die geringfügig Beschäftigten gezählt. 100% = alle ausländischen Frauen im erwerbsfähigen Alter bzw. alle deutschen Frauen im erwerbsfähigen Alter (18-64 Jahre)</small>	2003		2007		2008		2009	
		ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch	ausländisch	deutsch
		36,2 %	61,2 %	36,3 %	62,0 %	37,1 %	63,1 %	38,5 %	64,1 %
		<small>10.226 von 28.260 Pers. insgesamt</small>	<small>85.460 von 139.716 Pers. insgesamt</small>	<small>10.314 von 28.442 Pers. insgesamt</small>	<small>85.414 von 137.659 Pers. insgesamt</small>	<small>10.516 von 28.348 Pers. insgesamt</small>	<small>87.386 von 138.412 Pers. insgesamt</small>	<small>10.803 von 28.082 Pers. insgesamt</small>	<small>88.961 von 138.755 Pers. insgesamt</small>

II. KULTURELLE INTEGRATION – 2. SPRACHERWERB

1.	Kinder mit Sprachförderbedarf* in der deutschen Sprache bei der Einschulungsuntersuchung (mit / ohne Migrationshintergrund**)	2006		2007		2008		2009	
		mit Migrationshintergrund	ohne Mig.-hintergrund	mit Migrationshintergrund	ohne Mig.-hintergrund	mit Migrationshintergrund	ohne Mig.-hintergrund	mit Migrationshintergrund	ohne Mig.-hintergrund
		16,5 %	0,4 %	10,1 %	0,0 %	22,9 %	0,4 %	14,5 %	0,1 %
100% = alle Teilnehmer/innen an der Einschulungsuntersuchung mit Migrationshintergrund bzw. alle Teilnehmer/innen an der Einschulungsuntersuchung ohne Migrationshintergrund		282 von 1.718 Pers. insgesamt	11 von 2.499 Pers. insgesamt	175 von 1.732 Pers. insgesamt	0 von 2.293 Pers. insgesamt	435 von 1.902 Pers. insgesamt	9 von 2.229 Pers. insgesamt	296 von 2.032 Pers. insgesamt	2 von 2.140 Pers. insgesamt

* „Sprachförderbedarf“ ist hier definiert über die Kommunikationsfähigkeit in der Untersuchung (Summe der Ausprägungen „kein Deutsch“ und „kaum Deutsch“)

** Migrationshintergrund ist hier definiert über die Antwort der Eltern auf die Frage nach der Herkunft der Familie (alle Antworten außer „aus Deutschland“)

II. KULTURELLE INTEGRATION – 3. GESUNDHEIT

1.	Kinder, die an der letzten Vorsorgeuntersuchung vor der Einschulung (U9) teilgenommen haben (mit / ohne Migrationshintergrund*)	2006		2007		2008		2009	
		mit Migrationshintergrund	ohne Mig.-hintergrund	mit Migrationshintergrund	ohne Mig.-hintergrund	mit Migrationshintergrund	ohne Mig.-hintergrund	mit Migrationshintergrund	ohne Mig.-hintergrund
		67,3 %	82,9 %	69,5 %	83,3 %	70,2 %	84,1 %	70,5 %	84,2 %
100% = alle Teilnehmer/innen an der Einschulungsuntersuchung mit Migrationshintergrund bzw. alle Teilnehmer/innen am Einschulungstest ohne Migrationshintergrund		1.157 von 1.718 Pers. insgesamt	2.072 von 2.499 Pers. insgesamt	1.203 von 1.732 Pers. insgesamt	1.909 von 2.293 Pers. insgesamt	1.336 von 1.902 Pers. insgesamt	1.874 von 2.229 Pers. insgesamt	1.432 von 2.032 Pers. insgesamt	1.801 von 2.140 Pers. insgesamt

* Migrationshintergrund ist hier definiert über die Antwort der Eltern auf die Frage nach der Herkunft der Familie (alle Antworten außer „aus Deutschland“)

III. SOZIALE INTEGRATION – 1. AUFENTHALTSDAUER UND BLEIBEABSICHTEN

1.	Ausländer/innen im Alter von über 20 Jahren, die sich 20 Jahre und mehr in der BRD aufhalten	2006	2007	2008	2009
		29,2 %	29,2 %	36,4 %	37,3 %
		18.062 von 61.875 Personen insgesamt	18.048 von 61.769 Personen insgesamt	22.618 von 62.105 Personen insgesamt	23.036 von 61.692 Personen insgesamt

100% = alle Ausländer/innen im Alter von 20 Jahren und älter

2.	Anteil der in Deutschland Geborenen an allen Menschen mit Migrationshintergrund <small>100% = alle Einwohner/innen mit Migrationshintergrund in Hannover</small>	Diese Daten können erst generiert werden, wenn die aufwändige Anpassung des Statistikprogramms „MigraPro“ auf die hannoverschen Bedingungen abgeschlossen ist. Damit ist frühestens 2012 zu rechnen.
----	---	--

III. SOZIALE INTEGRATION – 2. INTERKULTURELLES ZUSAMMENLEBEN

1.	Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben (mindestens eine Person im Haushalt besitzt einen Migrationshintergrund) <small>100% = alle Haushalte in Hannover</small>	Daten für frühere Jahre liegen nicht vor	2007	2008	2009
			22,0 %	Daten wurden für dieses Jahr nicht ausgewertet	22,6 %
			<small>63.232 von 286.966 Haushalten insges.</small>		<small>64.260 von 284.350 Haushalten insges.</small>

IV. IDENTIFIKATORISCHE INTEGRATION – 1. EINBÜRGERUNGEN

1.	Einbürgerungen je 100 Ausländer/innen mit der erforderlichen Mindestverweildauer für eine Einbürgerung (acht Jahre) <small>100% = Ausländer mit mindestens 8 Jahren legalem Aufenthalt in der BRD</small>	2005	2007	2008	2009
		4,0 %	3,4 %	2,9 %	2,6 %
		<small>1.605 von 40.071 Personen insgesamt</small>	<small>1.671 von 48.934 Personen insgesamt</small>	<small>1.431 von 49.846 Personen insgesamt</small>	<small>1.329 von 51.131 Personen insgesamt</small>

SONDERAUSWERTUNG NACH GESCHLECHT – I. STRUKTURELLE INTEGRATION – 1. RECHTLICHE INTEGRATION

2.	Ausländer/innen mit der erforderlichen Mindestverweildauer für eine Einbürgerung (acht Jahre Aufenthalt in der BRD)	2005		2007		2008		2009	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
		54,9 %	51,9 %	66,5 %	64,2	68,0 %	66,5 %	69,8 %	69,3 %

100 % = alle Ausländer bzw. alle Ausländerinnen in Hannover

SONDERAUSWERTUNG NACH GESCHLECHT – I. STRUKTURELLE INTEGRATION – 2. INTEGRATION IN DAS BILDUNGSSYSTEM

3.	Anteil der Schüler/innen an Gymnasien an allen Schüler/innen der Sekundarstufe I (ausländisch / deutsch)	2005				2008				2009			
		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
		28,1 %	31,7 %	41,4 %	47,6 %	25,3 %	26,4 %	41,8%	46,1%	25,2 %	26,8 %	42,1 %	46,3 %

100% alle ausländischen bzw. alle deutschen Schüler/innen in der Sek. I

4.	Anteil der Hauptschüler/innen an allen Schüler/innen der Sekundarstufe I (ausländisch / deutsch)	2005				2008				2009			
		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
		24,7 %	19,4 %	13,3 %	9,8 %	19,8 %	16,3 %	10,6%	8,5%	18,7 %	15,6 %	10,1 %	8,0 %

100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Schüler/innen in der Sek. I

5.	Anteil der IGS-Schüler/innen an allen Schüler/innen der Sekundarstufe I (ausländisch / deutsch)	2005				2008				2009			
		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
		16,3 %	16,1 %	20,9 %	18,9 %	20,0 %	22,1 %	23,1%	22,1%	20,6 %	23,7 %	23,9 %	23,3 %

100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Schüler/innen in der Sek. I

6.	Anteil der Schüler/innen der Sekundarstufe II an allen Schüler/innen (ausländisch / deutsch)	2005				2008				2009			
		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
		5,4 %	8,2 %	12,2 %	15,6 %	9,3 %	12,2 %	15,8%	20,0%	11,3 %	15,5 %	16,3 %	19,4 %

100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Schüler/innen

9.	Anteil der Berufsschüler/innen ohne Aus- bildungsvertrag* an allen Berufs- schüler/innen (ausl. / dt.)	2001				2008				2009			
		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	* Schüler/innen im Berufsvorbereitungsjahr, Berufseinstiegsklasse und Berufsschule ohne Ausbildungsvertrag; die Zahlen des 2009 abgeschafften Berufgrundbildungsjahres bleiben auch für die Vorjahre unberücksichtigt 100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Berufsschüler/innen	9,3 %	10,4 %	2,2 %	1,7 %	15,3 %	7,1 %	3,5%	3,0%	18,4 %	5,3 %	3,8 %	3,5 %

SONDERAUSWERTUNG NACH GESCHLECHT – I. STRUKTURELLE INTEGRATION – 3. INTEGRATION IN DEN ARBEITSMARKT

1.	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (ausländisch / deutsch)	2001				2008				2009			
		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Einwohner/innen zwischen 18 und 64 Jahren	42,0 %	29,8 %	55,5 %	52,6 %	39,0 %	26,3 %	54,9%	53,2%	38,2 %	27,1 %	54,3 %	53,9 %
2.	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort ohne Berufsausbildung* (ausländisch / deutsch) * einschließlich Beschäftigte ohne anerkannte Berufsausbildung	2001				2008				2009			
		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen sv-Beschäftigten	36,8 %	37,9 %	15,4 %	15,6 %	24,3 %	28,2 %	13,1%	12,7%	22,1 %	26,0 %	12,5 %	12,1 %
3.	Geringfügig entlohnte Beschäftigte am Wohnort (ausländisch / deutsch)	2003				2008				2009			
		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Beschäftigten (Summe aus Sozialversicherungspflichtigen und geringfügig Entlohnten)	14,7 %	23,4 %	9,8 %	14,6 %	17,6 %	29,1 %	11,1%	15,8%	19,4 %	29,4 %	11,7 %	15,9 %
4.	Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren an der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 24 Jahren (ausländisch / deutsch)	2001				2008				2009			
		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Einwohner/innen zwischen 18 und 24 Jahren	12,9 %	6,9 %	9,4 %	5,6 %	8,7 %	6,5 %	7,4%	5,0%	10,0 %	5,4 %	8,1 %	4,9 %

5.	Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (ausländisch / deutsch)	2001				2008				2009			
		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch		ausländisch		deutsch	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
		20,4 %	13,5 %	9,5 %	6,5 %	16,2%	14,4 %	8,9%	6,8%	17,1 %	14,0 %	9,8 %	6,8 %
100% = alle ausländischen bzw. alle deutschen Einwohner/innen zwischen 18 und 64 Jahren													

SONDERAUSWERTUNG NACH GESCHLECHT – III. SOZIALE INTEGRATION – 1. AUFENTHALTSDAUER UND BLEIBEABSICHTEN

1.	Ausländer/innen im Alter von über 20 Jahren, die sich 20 Jahre und mehr in der BRD aufhalten	2006		2007		2008		2009	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
		31,9 %	26,4 %	31,8 %	26,6 %	39,4 %	33,5 %	40,2 %	34,5 %
100% = alle Ausländer/innen im Alter von 20 Jahren und älter									

SONDERAUSWERTUNG NACH GESCHLECHT – IV. IDENTIFIKATORISCHE INTEGRATION – 1. EINBÜRGERUNGEN

1.	Einbürgerungen je 100 Ausländer/innen mit der erforderlichen Mindestverweildauer für eine Einbürgerung (acht Jahre)	2005		2007		2008		2009	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
		4,0 %	4,0 %	3,3 %	3,5 %	3,0 %	2,7 %	2,5 %	2,7 %
100% = Ausländer mit mindestens 8 Jahren legalem Aufenthalt in der BRD									